

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Donnerstag, 11. November 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Preis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Olen und viele tabellarische Übersichten...

Abbestellungspreis: 17 halbjährige 3.00 Rmk., vierteljährliche 0.50 Rmk., Neulieferung 5.— Rmk. Besondere Preise: Monatlich 0.50 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche 50 Mal...

Telegramm-Adressen: 'Berlinerhörn' Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung eines entsprechenden Entgelts...

Die öffentliche Hand in der privaten Wirtschaft.

Die Zinsenverbände der deutschen Wirtschaft verankerten gestern die angefeindete große Kundgebung gegen die zunehmende Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsebenen im Hinblick auf die Gefahren, die aus diesen Tendenzen und aus den hieraus resultierenden Beschränkungen und Beeinträchtigungen des Privateigentums drohen.

Gegen die „kalte Sozialisierung“.

Der Arbeitsausschuß des internationalen Industrieller, der sich schon bei seiner Haupttagung in Wien gelegentlich des Reichspartikels in einem eingehenden Bericht des Reichsausschusses Dr. Rosenfeld gegen die ungenügende Betätigung der öffentlichen Hand an erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen äußerte...

Soeich bei Briand.

Der deutsche Wirtschaftsminister Soeich hatte heute wieder eine lange Unterhaltung mit dem französischen Minister des Auswärtigen Briand. In dieser Unterhaltung wurde die Erörterung der bekannten, zwischen Deutschland und Frankreich stehenden Probleme weitgehend, wobei die wenigen noch ausstehenden Punkte auf dem Gebiete der Entarmung Deutschlands und die Kontrollfrage Berücksichtigung fanden.

Nur für die Besprechungen.

Zwischen dem Reichsausschuss und dem Arbeitsausschuß des internationalen Industrieller, der sich schon bei seiner Haupttagung in Wien gelegentlich des Reichspartikels in einem eingehenden Bericht des Reichsausschusses Dr. Rosenfeld gegen die ungenügende Betätigung der öffentlichen Hand an erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen äußerte...

Die Regierungskoalition verhandelt mit den Sozialdemokraten.

Reichstagsrede Geßlers über den Fall Seefeld.

Die Tagung, die gestern vormittag im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen dem Kommunistischen Antrag auf Fortfall der zeitlichen Beschränkungen für die Erwerbslosenunterstützung zur Weisheit verhalten und auf diese Weise den Erwerb der Regierungsparteien veranlassen, scheint die innenpolitische Entwicklung, die seit Beginn der schwebenden Auseinandersetzungen lagerte, endlich etwas vorwärts getrieben zu haben.

Letzten Monats und unter der gespannten Aufmerksamkeit aller Parteien den Fall Seefeld behandelte. In freier Rede, die das Haus bis zum letzten Augenblick festhielt, wendete er sich zunächst gegen die Angriffe, die vorgerufen der deutschnationalen Abgeordnete von Lindner wegen der Entlassung Seefeld gegen den Minister gerichtet waren. Er verteidigte seine Haltung dem Generalobersten gegenüber, für dessen militärische und politische Qualitäten er warme Worte der Verehrung sprach.

Frage der Verabschiedung des Generals v. Seefeld.

Das Wort, an der der Hof- u. Kabinettsminister Soeich sprach, hat die Frage der Verabschiedung des Generals v. Seefeld in der Mitte der Reichstagsdebatte ein zentrales Element der Verhandlung geworden. Soeich erklärte, dass die Verabschiedung des Generals v. Seefeld eine Angelegenheit ist, die nicht in der Verantwortung des Reichstages liegt, sondern in der Verantwortung des Reichspräsidenten.

Die gestrige Reichstagsitzung.

Eröffnet Reichspräsident Ebert am 8. Uhr. Am Reichstagspräsidenten Reichspräsidenten Dr. Brüning, Reichsminister Dr. Brüning. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Abstimmung über die beiden Misstrauensvoten.

Abstimmung über die beiden Misstrauensvoten.

Das kommunalistische Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung wird gegen die Antragsteller und die Sozialdemokraten abgelehnt. Dagegen stimmen mit den Regierungsparteien die deutschnationalen Abgeordneten, die die Abstimmung gegen die Regierungsparteien abgelehnt haben.

Reichswehrminister Dr. Geßler.

Das Wort, das er nach der Abstimmung mit dem Reichspräsidenten sprach, wies er auf die Verantwortung der Reichsregierung hin. Er erklärte, dass die Reichsregierung die Verantwortung für die Entscheidung über den Fall Seefeld trägt.

Soeich die volle Verantwortung übernehmen.

Eine andere Erklärung als die des Reichspräsidenten ist meines Erachtens vom militärischen Standpunkt aus nicht möglich gewesen; das militärische Urteil und die Verantwortung sind immer dem Reichspräsidenten zuzurechnen. Soeich erklärte, dass er die Verantwortung für die Entscheidung über den Fall Seefeld übernimmt.

Was dieser Mann in voller Einigkeit seiner moralischen und militärischen Fähigkeiten in den Jahren größter Verantwortung für den Staat bedeutet hat.

Für mich, der ich jahrelang den Kampf um die Rettung des Staates geführt habe, war es nicht leicht, diese Entscheidung einzugehen. Die ich allerdings zum ersten Augenblick an, bis zum letzten Augenblick angenommen habe. Ich habe es abgelehnt, die Frage der Verabschiedung des Generals v. Seefeld zu machen.

Wie schieflich die Reichswehr über allen Wirrungen und Verwirrungen dastehet.

Ich bin überzeugt, dass General Seefeld das in ihm reich gefühlte Vertrauen voll verdient hat. Er wird sich nur bitten müssen, von seinen Freunden (Genosse Seemann), von Freunden, die sich an ihn bekehren (Genosse Seemann), von Freunden, die sich an ihn bekehren (Genosse Seemann), von Freunden, die sich an ihn bekehren (Genosse Seemann), von Freunden, die sich an ihn bekehren (Genosse Seemann).